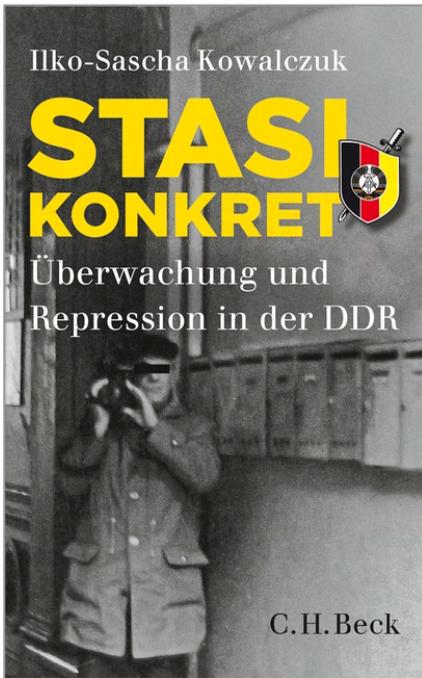


Unverkäufliche Leseprobe



Ilko-Sascha Kowalczyk
Stasi konkret

Überwachung und Repression in der DDR

428 Seiten, Klappenbroschur
ISBN: 978-3-406-63838-1

Weitere Informationen finden Sie hier:
<http://www.chbeck.de/10267775>

I. GEHEIMPOLIZEI UND KOMMUNISMUS

Am 9. Februar 1950 vermeldete das *SED-Zentralorgan* «Neues Deutschland» auf seiner Titelseite lapidar: «Ministerium für Staatssicherheit gebildet». Weiter heißt es in der Kurzmitteilung: «Die Provisorische Volkskammer verabschiedete in ihrer gestrigen 10. Tagung auf Vorschlag der Regierung das folgende Gesetz über die Bildung eines Ministeriums für Staatssicherheit. § 1 Die bisher dem Ministerium des Innern unterstellte Hauptverwaltung zum Schutze der Volkswirtschaft wird zu einem selbständigen Ministerium für Staatssicherheit umgebildet. Das Gesetz vom 7. Oktober 1949 über die Provisorische Regierung der Deutschen Demokratischen Republik (GBI. S. 2) wird entsprechend geändert. § 2 Dieses Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft.» Wenige Tage später war zu erfahren, dass Wilhelm Zaisser als Minister und Erich Mielke als Staatssekretär in das neu gebildete Ministerium berufen worden seien.¹

Bei den Menschen in der DDR stieß die Nachricht jedoch kaum auf wahrnehmbare Reaktionen. Zwar berichteten westliche Rundfunksender und Zeitungen, aber in den meisten bekannten Tagebüchern und Briefen aus jener Zeit wird die Gründung nicht einmal erwähnt. Abgesehen davon, dass viele knapp fünf Jahre nach Kriegsende in ihrem noch größtenteils zerstörten Lebensumfeld vor allem mit dem nackten Überleben beschäftigt waren, nahm ganz offenbar kaum jemand die Gründung des MfS als Einschnitt im politischen System wahr. Dies war auch nicht verwunderlich. Griff doch zu dieser Zeit der Terror der sowjetischen Besatzungsmacht ohnehin unmittelbar in das alltägliche Leben der meisten ein.

Das «spurlose» Verschwinden von Personen sprach sich schnell herum, verbreitete Angst, schüchterte ein – und genau dies war damit auch bezweckt. Aus dem Tagebuch des Historikers Gerhard Schulz, das dieser während seiner Leipziger Studentenjahre führte, wird ersichtlich, wie politisch interessierte Menschen die neuen Verhältnisse wahrnahmen. Schulz stand den sozialistischen Ideen aufgeschlossen gegenüber. Doch schon bald setzte Desillusionierung ein. Einige Monate vor der DDR-Gründung am 7. Oktober 1949 vermerkte der 24-jährige Geschichtsstu-

I. Geheimpolizei und Kommunismus

dent: «Wer wollte es bestreiten, dass wir in einer Diktatur leben, die sich anschickt, immer weiter in unserem Leben vorzudringen mit dem Ziel, es restlos zu erfüllen. Der Unterschied zu der vergangenen liegt lediglich im Qualitativen und in der Ersetzung der personalen Spitze der diktatorisch-bürokratischen Hierarchie durch die anonyme Vertretung der Besatzungsmacht. [...] Und wer künftig leben will, muss sich fügen. Es wird nur noch Emigranten, Bettler oder Gesinnungsgenossen geben – und natürlich die naiv-einfältigen Intellektuellen.»² Einen Tag nach der Staatsgründung notierte Schulz, die Etablierung des Einparteiensstaates gehe nun rasch voran, freie Wahlen seien nicht vorgesehen. Als Hoffnung bleibe nur noch, dass sich die deutschen Kommunisten von der Besatzungsmacht etwas emanzipierten und vor allem, dass sich die bürgerlichen Parteien nicht den Machtansprüchen der SED total unterwürfen. Aber auch diese Hoffnung zerstoß schnell – Schulz flüchtete im April 1950 in den Westen.

Der unmittelbare Vergleich von nationalsozialistischer und kommunistischer Diktatur war bis weit in die späten fünfziger Jahre verbreitet, brach aber auch danach niemals ab. «Vergleich» hieß allerdings damals «Gleichsetzen». Dafür nur ein Beispiel: Eckhard Müller-Mertens kam aus kurzer Kriegsgefangenschaft zurück nach Berlin. Und auch er registrierte bereits im Mai 1946, kurz nach der Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur SED: «Berlin macht sehr schlechten Eindruck. Riesige Propaganda der SED. Man hat den Eindruck wie unter Hitler, nur mit vertauschten Rollen. [...] Die Einheitspropaganda legt sich bedrückend aufs Gemüt. [...] Lehne SED ihrer undemokratischen Methoden wegen ab. Sie ist eine faschistische Partei.»³ Anders als Schulz wird der Geschichtsstudent Müller-Mertens dennoch SED-Mitglied, macht in der DDR Karriere und avanciert schließlich zu einem der international anerkanntesten marxistischen Mediävisten. Politisch bleibt er gespalten in eine öffentlich angepasste und in eine privat das System ablehnende Person. Die DDR bezeichnete er noch vor dem Mauerbau als «Faschismus von links».⁴

Solche Beispiele lassen eine gesellschaftliche Atmosphäre anklingen, in der nachvollziehbar wird, warum die Bildung des MfS ohne nennenswerte gesellschaftliche Reaktionen erfolgen konnte. Terror, Willkür und Rechtsunsicherheit gehörten in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und später dann in der DDR längst wieder zum Alltag. Im Gegensatz zur NS-Diktatur, die von einer Mehrheit der Deutschen fast bis zum Schluss be-

I. Geheimpolizei und Kommunismus

geistert oder missmutig, in jedem Fall aber aktiv mitgetragen worden ist, wurde die neue Ordnung jedoch überwiegend abgelehnt.

Die sowjetische Besatzungsmacht und ihre deutschen Helfer wandten sich zwar gegen die «Kollektivschuldthese», ließen aber in Wort und Tat keine Zweifel aufkommen, dass die deutsche Gesellschaft für die Verbrechen des Nationalsozialismus zu büßen habe. Dabei wussten sie frühzeitig zu unterscheiden. Denn so sehr die deutschen Kommunisten den Antifaschismus als lebensprägende Erfahrung mit sich trugen, so sehr wurde ihr praktizierter Antifaschismus nach 1945 zu einem Instrument der Machtetablierung und -stabilisierung. Sehr früh, früher als jede andere politische Kraft in Deutschland, setzten sie sich für die gesellschaftliche Integration der «Mitläufer» und «nominellen Pgs» ein.⁵ Der gemeinsam mit Wilhelm Pieck der SED vorstehende Otto Grotewohl, ein ehemaliger Sozialdemokrat, brachte im Juni 1946 auf einer Sitzung des Parteivorstandes zum Ausdruck, dass es «kurzsichtig und unklug [...] wäre, eine sozialistische Massenbewegung in Deutschland gegen einen Block von 25 bis 30 Millionen Menschen organisieren zu wollen».⁶ Drei Jahre später, Anfang März 1949, führte der damalige sächsische Innenminister und spätere MfS-Minister Wilhelm Zaisser auf einer Tagung sächsischer Oberbürgermeister, Landräte und leitender Regierungsmitarbeiter in Anwesenheit von Walter Ulbricht aus: «Wir können in Bezug auf seine demokratische Zuverlässigkeit heute nicht mehr argumentieren: Weil der Mann vor 1945 nominelles Parteimitglied der NSDAP war, darum ist er heute noch politisch unzuverlässig [...] Wir haben immerhin das Jahr 1949. [...] Menschen, die in diesen vier Jahren von Anfang an unter den schwersten Bedingungen ehrlich und loyal und erfolgreich mitgearbeitet haben, sind unter Umständen heute auch für unsere Verwaltung wertvoller als dieser oder jener, der immer und ewig lau zur Seite gestanden hat und eben aus diesem Grunde auch nicht Pg. geworden ist, um auch das noch anzuschneiden, man eines nicht vergessen soll: Es gibt eine ganze Reihe Nicht-Pg., die das heute positiv angestrichen haben wollen, die seinerzeit nicht in die Nationalsozialistische Partei eingetreten sind, weil das ihrer Meinung nach eine sozialistische Arbeiterpartei war, die ihnen also sozusagen zu weit links stand [...] Wir verlangen nicht den negativen Nachweis des Nichtbelastetseins, des Neutralseins, sondern den positiven Nachweis des Mitmachens.»⁷

Das mag Ausdruck eines politischen Pragmatismus gewesen sein. Allerdings impliziert diese Aussage eine Grundannahme, die im gesellschafts-

I. Geheimpolizei und Kommunismus

politischen Alltag handfeste, oft tragische Auswirkungen zeitigte. Denn der «positive Nachweis des Mitmachens» beinhaltete zugleich einen Generalverdacht, den der ehemalige Priesterschüler Josef W. Stalin und seine kommunistische Partei so formulierten: «Wer nicht für uns ist, ist gegen uns.»⁸

Die dramatischen Folgen dieser politischen Geisteshaltung sind bekannt. Gewalt war immanenter Bestandteil der kommunistischen Herrschaft. Die 1945 aus Moskau zurückgekehrten deutschen Kommunisten, aber auch die aus dem westlichen Exil gekommenen oder die aus den Zuchthäusern und Konzentrationslagern befreiten, die nunmehr in der Ostzone die Macht übernahmen, verfügten mehrheitlich über ein Gesellschaftsbild, das sich aus verschiedenen Quellen speiste. Da wäre zunächst als politische Theorie der Marxismus-Leninismus zu erwähnen, insbesondere wie er sich nach 1917/18 «an der Macht» entwickelt hatte. Er kreiste theoretisch wie praktisch um die Frage der Herrschaftsausübung, zu deren legitimen Mitteln Gewalt, Unterdrückung, Mord und Massendeportationen zählten. Hinzu kamen politische Erfahrungen insbesondere seit der Novemberrevolution von 1918. Die Kaderkommunisten blieben immer, auch wenn sie zuweilen bei Wahlen Millionen Wählerstimmen erhielten, in ihrer Selbstwahrnehmung eine von umtriebigen Feinden umzingelte Gruppe. Sie wähten sich nicht nur ständig in ihrer Existenz bedroht, sie waren es auch. In der Endphase der Weimarer Republik arbeiteten sie bei vereinzelt Aktionen sogar mit den Nationalsozialisten zusammen und sahen die Sozialdemokraten als «Sozialfaschisten», die es als «Hauptfeind» zu bekämpfen gelte. Anders als sie selbst es nach 1945 darstellten, hatten sie damit zum Untergang der Demokratie beigetragen. Ab 1933 waren die Kommunisten dann aber jene politische Gruppe, die am schärfsten von den Nationalsozialisten verfolgt, unterdrückt, bekämpft und tausendfach gemeuchelt wurde. Diese Bürde ist ihnen nach dem Untergang des Dritten Reiches von vielen als moralischer Vorteil zuerkannt worden und auch sie selbst nutzten sie, um ihre Herrschaftsansprüche historisch zu legitimieren.

Als vielleicht wichtigste Quelle dienten ihnen sowjetische Erfahrungen. Die innerparteilichen Flügelkämpfe und der «Bolschewisierungsprozess der KPD» hatten die Partei zu einem treuen Vasallen Moskaus gemacht. Dabei hatten sich ihre Anhänger daran gewöhnt, dass der Freund von gestern der zu vernichtende Feind von heute werden konnte. Diese bereits in der militaristisch organisierten KPD der Weimarer Republik auszu-

I. Geheimpolizei und Kommunismus

machende mentale Disposition wurde durch die stalinistischen Säuberungen der 1930er Jahre noch einmal erheblich verstärkt. Die deutschen Kommunisten machten sich nicht nur die Deutungen der russischen Bolschewiki über die Jahre 1917 bis 1924 zu eigen. Auch als der Terror ab 1929 erneut einsetzte und mit den Jahren 1932/33 und 1936/38 zu bis dahin ungeahnten Auswüchsen mit Millionen Toten führte, standen sie meist treu und ohne größere Zweifel auf der Seite Stalins und seiner Schergen. Endlich schien die Stunde gekommen, die Welt vom Joch der Unterdrückung, Ausbeutung und Kriege zu befreien. Bis *dahin* schien es *jetzt* nur noch ein vergleichsweise kurzer, wenn auch dorniger Weg zu sein. Die Kommunisten glaubten, dieser Weg sei von Marx «wissenschaftlich prognostiziert» und von Lenin unwiderruflich beschritten worden. Ihre Theorie kam ihnen dabei zu Hilfe. Denn die «historisch-materialistischen Geschichtsgesetze», die sich gleichsam wie Naturgesetze vollzögen und an deren Ende der Kommunismus stünde, waren der Takt-, besser Zuchtstock, mit dem die herrschenden Kommunisten ihre Partitur rücksichtslos durchzusetzen gedachten. Hannah Arendt schreibt dazu: «Populär und scheinbar harmlos äußert sich die terroristische Gesinnung bereits in dem Sprichwort: ‹Wo gehobelt wird, da fallen Späne›, einem Spruch, mit dem man bekanntlich jegliches rechtfertigen kann und gerechtfertigt hat. In solcher Gesinnung wird nur dort Geschichte überhaupt anerkannt, wo Späne auch wirklich fallen, bis dann mehr oder minder offen die Größe von Ereignissen nur noch gemessen wird an der Zahl der Opfer, die sie fordern. Psychologisch ist diese Gesinnung die beste, ja die einzig mögliche Vorbereitung für das Leben unter Verhältnissen, die vom Terror bestimmt sind. Denn in ihr hat man bereits den besten Freund, den beliebtesten Menschen und auch sich selbst als mögliche Späne für das erhaltene Hobeln von Natur oder Geschichte erkannt und geopfert.»⁹

Diese Ideologie hat nicht wenige derjenigen, die sich nach 1945 ans Werk machten, um einen neuen Staat aufzubauen, entscheidend geprägt. Ihre grundsätzlichen politischen Erfahrungen bezogen sie aus der Zwischenkriegszeit. Die konkreten persönlichen Erlebnisse mögen ganz verschieden gewesen, ihre Schlussfolgerungen aber ähnelten sich: sie verstanden sich getreu Lenins als von Feinden umzingelte Avantgarde der Arbeiterklasse. Bis zuletzt galt in der SED-Diktatur die «Erziehung zum Hass» als grundlegend, um «Frieden, Sozialismus und Wohlstand» zu sichern und auszubauen. Ulbricht, Mielke, Erich Honecker und ihre engsten Getreuen blieben in diesem Horizont zeitlebens gefangen. Sie

I. Geheimpolizei und Kommunismus

dirigierten und administrierten nicht nur wie in einer «Zwischenkriegszeit». Sie blieben auch stets im Selbstverständnis eine «avantgardistische Vorhut», die unentwegt existenziell bedroht wurde. Der «Kalte Krieg» war auch einer gegen die eigene Bevölkerung. Das hatte einschneidende Folgen für Staat und Gesellschaft. Von Wolfgang Leonhard stammt die Überlieferung, wonach Walter Ulbricht im Mai 1945 kurz nach der Rückkehr aus dem sowjetischen Exil die Parole ausgeben habe: «Es ist doch ganz klar: Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben.»¹⁰ Dass dieses Macht- und Herrschaftsverständnis keine Fiktion war, sondern den Auffassungen der Kommunisten nach 1945 entsprach, zeigte sich nicht nur in den nachfolgenden Jahren immer wieder aufs Neue. Es entsprach auch den eigenen Überzeugungen.

Im September 1949 weilten aus der engeren SED-Führung Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl, Walter Ulbricht und Fred Oelßner für knapp zwei Wochen in Moskau, um mit der sowjetischen Führung Wirtschaftsfragen sowie die Modalitäten der DDR-Gründung zu beraten. Der Regiesessel stand in Moskau. Nach Ost-Berlin zurückgekehrt ging die SED-Führung eilig daran, die Staatsgründung vorzubereiten. Auf einer Parteivorstandssitzung am 4. Oktober 1949 wurden die übrigen Spitzenfunktionäre der SED über die gefassten Beschlüsse informiert und die künftige Regierung vorgestellt – so wie sie in Moskau bestimmt worden war. Nach einem längeren Referat des Parteivorsitzenden Wilhelm Pieck kam es zu einer Aussprache. Ein «Diskussionsredner» war Gerhart Eisler. Der Bruder des Komponisten Hanns Eisler trat der KPD 1918 bei und betätigte sich bereits in den zwanziger Jahren als Agent sowjetischer Geheimdienste. Zum Zeitpunkt der DDR-Gründung war er hauptverantwortlich für Massenagitation und nach dem 7. Oktober dann Leiter des Amtes für Information bei der Regierung. Seine Ausführungen auf der Tagung des SED-Parteivorstandes belegen, wie sehr sich die Kommunisten bewusst waren, dass sie ihre Macht niemals demokratisch legitimieren könnten. Gerhart Eisler sagte: «Zweitens gebe ich zu bedenken, ob man nicht an dem Tage, an dem der Volksrat sitzt, [sich] in die Provisorische Volkskammer verwandelt, in Berlin selbst und auch in anderen Städten große Demonstrationen organisiert [...] So wird sich die provisorische Regierung weithin sichtbar in der ganzen Zone von vornherein auf eine ständig anschwellende Bewegung der Massen stützen. Das sollten wir diskutieren und dann durchführen; denn als Marxisten müssen wir wissen: wenn wir eine Regierung grün-

I. Geheimpolizei und Kommunismus

den, geben wir sie niemals wieder auf, weder durch Wahlen noch andere Methoden.»¹¹

Wenn Eisler nicht so deutlich ausgesprochen hätte, dass sie die Macht niemals wieder abgeben würden, schon gar nicht durch Wahlen, dann hätte man einen solchen Ausspruch geradezu erfinden müssen: Macht ausüben um jeden Preis. Es war logisch, dass Walter Ulbricht, der mächtigste kommunistische deutsche Funktionär zwischen 1945 und 1971, nach dem zuletzt zitierten Satz von Eisler einwarf: «Das haben einige noch nicht verstanden!»¹²

Das für die Gesellschaft verhängnisvolle an dieser Einstellung war nicht nur der Umstand, dass den Kommunisten ihre Diktatur selbst logisch und rechtmäßig vorkam. Sie haben bis zu ihrem Untergang keinen Zweifel daran gelassen, dass es sich bei ihrer Staatsform um eine «Diktatur» handele, um die «Diktatur des Proletariats». Sie meinten damit zwar ab den sechziger Jahren nicht mehr das, was gemeinhin unter einer Diktatur verstanden wird. Aber sie hielten daran fest, obwohl sie nun häufig mit *moderneren* Begriffen wie «sozialistische Demokratie» oder «sozialistische Gesetzlichkeit» operierten. Im Kern ging es darum, jedes und alles vom «Klassenstandpunkt» aus zu sehen, der sich freilich über Nacht in sein Gegenteil verkehren konnte. Aber dies nachzuvollziehen, war nur eine Form gehobenen Klassenbewusstseins, gleichbedeutend damit, die jeweils aktuell gültige Linie der Parteiführung als unumstößlich, «wissenschaftlich» abgesichert und «gesetzmäßig» folgerichtig zu akzeptieren. Auf Marx, Engels, Lenin (und bis 1956 Stalin) konnten sie sich dabei stets verlassen, hatten die doch in ihren Leben so viel geredet, geschrieben und unterzeichnet, dass sich praktisch für fast jeden Winkelzug der kommunistischen Politik eine theoretische Erklärung bei den «Klassikern» finden ließ.

Der Terror, den die Besatzungsmacht und alsbald ihre deutschen Helfer in der Ostzone ab 1945 entfalteten, hatte zwei Quellen. Die eine war nachvollziehbar und entsprach alliierten Übereinkünften. Die Verantwortlichen der NS-Diktatur für Krieg, Völkermord, Shoah, politisch motivierte Verfolgungen und Morde, für viele Millionen Tote und ein halb zerstörtes Europa sollten und mussten zur Verantwortung gezogen werden. Dass die sowjetische Besatzungsmacht dabei besonders hart und unnachgiebig vorging, war nicht zuletzt dem Umstand geschuldet, dass ihr Land dasjenige war, das die größten menschlichen und materiellen Verluste durch die Nationalsozialisten zu erleiden gehabt hatte. Als Sie-

I. Geheimpolizei und Kommunismus

germacht stand es ihr durchaus zu, die materiellen Verluste durch Demontagen zu kompensieren. Auch dass sie Verbrecher und Massenmörder aburteilte, war gerechtfertigt. Und die hunderttausendfachen Übergriffe auf deutsche Zivilisten sind nach den vielen Jahren des Krieges mit seinen entsetzlichen Erscheinungen zu erklären, wenn auch nicht zu rechtfertigen. Unrecht lässt sich nicht mit Unrecht sühnen.

Der zweite Grund für den Terror in der Ostzone aber lag in der Geschichte der Sowjetunion und des Kommunismus an der Macht. Seit sich die Bolschewisten 1917 an die Regierung geputscht hatten, hatte das Land Bürgerkriege, Aufstände, ausländische Interventionen erlebt. Frühzeitig begannen sie, das Land mit einem geheimpolizeilichen Terrorsystem zu überziehen. Lenins Anweisung im Dezember 1917, die Tscheka zu gründen, enthielt bereits jene Sprachelemente, die den «großen Terror» mental vorbereiteten. In einem Schreiben an Felix E. Dzierzynski, das die Bildung der Tscheka begründete, hieß es u. a.: «Die Bourgeoisie begeht die schlimmsten Verbrechen, sie kauft den Abschaum der Gesellschaft und verkommene Elemente, setzt sie unter Alkohol, um Pogrome hervorzurufen. Die Anhänger der Bourgeoisie, besonders unter den höheren Angestellten, unter den Bankbeamten usw., sabotieren die Arbeit, organisieren Streiks, um die Regierung bei ihren Maßnahmen zur Verwirklichung sozialistischer Umgestaltung zu lähmen.»¹³ Diese abwertende, hasserfüllte Sprache wird jahrzehntelang den Terror begleiten. Sie ist nicht nur Ausdruck einer Geisteshaltung und einer praktizierten Politik, sie verdeutlicht auch, wie sehr sich die Kommunisten von echten oder vermeintlichen Feinden und Gegnern umstellt wähten, wie stark sie ihrer sektenhaften Insellage mental treu blieben. Dabei war ihnen stets bewusst, wie gefürchtet ihre Geheimpolizei, «unsere schärfste Waffe», war. Lenin war offenbar auch noch stolz darauf, dass der Begriff «Tscheka» weltweit nicht übersetzt werden musste und überall als Ausdruck des Terrors verstanden wurde. «Ohne eine solche Institution kann die Macht der Werktätigen nicht bestehen, solange es auf der Welt noch Ausbeuter gibt, die nicht gewillt sind, den Arbeitern und Bauern ihre Gutsbesitzer- und Kapitalistenrechte auf dem Präsentierteller darzubieten.»¹⁴ Die Tscheka, so Lenin bei einer anderen Gelegenheit, verwirkliche «unmittelbar die Diktatur des Proletariats, und in dieser Hinsicht kann ihre Rolle nicht hoch genug eingeschätzt werden. Einen anderen Weg zur Befreiung der Massen als die gewaltsame Niederhaltung der Ausbeuter gibt es nicht.»¹⁵ Jeder, der sich nicht ausdrücklich zur Sache der Bolschewiki bekenne,

I. Geheimpolizei und Kommunismus

müsse von der Geheimpolizei beobachtet werden.¹⁶ Unter Beifall folgerte Lenin Ende 1919 unmissverständlich: «Terror und Tscheka sind absolut notwendige Dinge.»¹⁷

Dass auch bei Lenin die Geheimpolizei keine von der Kommunistischen Partei losgelöste Institution darstellte, dass sie «Pläne» zu erfüllen, als «Schild» Angriffe auf die Parteiherrschaft abzuwehren und als «Schwert» Angreifer unschädlich zu machen hatte, dass sie ein Teil der Partei selbst darstelle, artikuliert er immer wieder. Dies musste er, weil seine Revolution zunächst keine war, sondern einen Putsch darstellte, der von Petrograd auf das riesige Land übertragen werden musste – nicht nur gegen den erbitterten Widerstand ihrer Gegner, sondern noch weitaus mehr gegen die Passivität der Bevölkerungsmehrheit. Deshalb waren die Bolschewisten umzingelt von Feinden, von echten – aber vor allem von vermeintlichen, die in Wahrheit passiv und desinteressiert blieben. Der Kommunismus lebte von seiner Selbstbehauptung, alle für den «gesellschaftlichen Fortschritt» zu mobilisieren. Wer sich nicht mobilisieren ließ, wurde zum Gegner erklärt. Lenin: «Wenn Sie infolge Ihrer Kurzsichtigkeit nicht imstande sind, einzelne Genossenschaftsführer zu entlarven, dann setzen Sie einen Kommunisten dorthin, damit er diese Konterrevolution ausfindig macht. Und wenn das ein guter Kommunist ist – *und jeder gute Kommunist ist gleichzeitig auch ein guter Tschekist* –, dann muss er, wenn er einmal in der Konsumgenossenschaft steckt, mindestens zwei konterrevolutionäre Genossenschaftler aufstöbern.»¹⁸ Stalin hat dies kurz vor Beginn der Terrorwelle 1936/38 aufgegriffen und am 29. Juli 1936 eindringlich so formuliert: «Unter den gegenwärtigen Umständen muss es die unveräußerliche Eigenschaft eines jeden Bolschewiken sein, dass er einen Gegner der Partei zu erkennen vermag, auch wenn er sich noch so gut tarnt.»¹⁹

Diese Haltung kostete Millionen das Leben, noch mehr sind deportiert und in das weitverzweigte Lagersystem zur Zwangsarbeit verschleppt worden. Die Geheimpolizei als verlängerter Arm der Kommunistischen Partei blieb dabei das wichtigste Unterdrückungsmittel. Daneben sind zwei Elemente der sowjetischen Geheimpolizei festzuhalten, die auch für das MfS grundlegend werden sollten. Anders als frühere Geheimpolizeien war mit der sowjetischen ein neuer Typus geboren worden: «Erstens gab es jetzt ein neues Feindbild für den Staat, bei dem es nicht mehr in erster Linie um Konflikte um Macht, Einfluss, Territorien und Ressourcen ging, sondern um die ideologische Orientierung des feindlichen Staates. Diese

I. Geheimpolizei und Kommunismus

Orientierung betraf nicht mehr nur die Regierungs- und Gesellschaftsspitze [...], sondern die gesamte Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung einschließlich der Wertorientierung, also des politisch-gesellschaftlichen Denkens im weitesten Sinne des Wortes. [...] Zweitens war man nun von der Vorstellung geleitet, dass sich die Unterscheidung zwischen äußeren und inneren Feinden nicht mehr so klar» treffen lasse.²⁰ Schließlich kam hinzu, dass Abweichungen von den Plänen und Zielen – was im realen Sozialismus die Regel darstellte – jederzeit als «Sabotage» gebrandmarkt und entsprechend unnachgiebig gehandelt werden konnten.²¹ «Sabotage» war zu einem strafrechtlich relevanten Vorwurf geworden, der praktisch alles umfassen konnte. Dass damit zugleich der Boden für Denunziationsmöglichkeiten und auch eine die Gesellschaft tatsächlich erfassende Denunziationsbereitschaft bereitet wurde, zählte zu einer der vielen Folgen.

Als die sowjetische Besatzungsmacht und ihre deutschen Helfer im Frühjahr 1945 begannen, ihr neues System zu errichten, waren sie von diesen Erfahrungen geprägt. Ihnen war zwar bewusst, dass sie in ihrem Teil Deutschlands die bestehenden Traditionen, politischen Kulturen und Mentalitäten zu berücksichtigen hatten. Da sie zugleich aber einen prinzipiellen Neuaufbau anstrebten, der eine Zerschlagung nicht nur der bisherigen staatlichen und politischen, sondern ebenso der wirtschaftlichen und der gesellschaftlichen Strukturen einschloss, stand ihnen als Vorbild lediglich die Revolutionierung der sowjetischen Gesellschaft zur Verfügung. Eine restlose Sowjetisierung von Staat und Gesellschaft in der SBZ/DDR erfolgte zwar nicht. Gleichwohl haben die Herrscher eine Vielzahl von Strukturen, Institutionen und «Mobilisierungsmaßnahmen» dem sowjetischen Vorbild entlehnt. Dafür gibt es viele Beispiele. Am deutlichsten wird dies am Macht- und Sicherheitsapparat.

Ausgangsbedingungen: die sowjetische Besatzungsherrschaft

In Karlshorst hatte ein Kasernenkomplex die Kriegshandlungen unversehr überstanden. Der Berliner Stadtteil wurde zum Synonym für die sowjetische Besatzungsmacht, auf dem weitläufigen Gelände einer einstigen Heerespionierschule befand sich seit Juni 1945 der Sitz der «Sowjetischen Militäradministration in Deutschland» (SMAD). Große Teile des Stadtteils Karlshorst wurden von den Russen beschlagnahmt und das

Ausgangsbedingungen: die sowjetische Besatzungsherrschaft



Moskaus Machtzentrale in der SBZ: Sitz der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland in Berlin-Karlshorst, 1945.

Areal mit Zäunen abgeriegelt. Karlshorst blieb auch nach Gründung der DDR ein zentraler Ort – hier hatte die Sowjetische Kontrollkommission (SKK) ihren Sitz und hier übergab am 10. Oktober 1949 SKK-Chef General Wassili Tschuikow den ersten DDR-Regierungsmitgliedern ihre Ernennungsurkunden. Am 17. Juni 1953 flüchteten Ulbricht und andere SED-Spitzenfunktionäre nach Karlshorst und warteten den Gang der Ereignisse ab.

In Karlshorst quartierte sich auch das deutsche Hauptquartier des sowjetischen Geheimdienstes ein. Es war die größte Geheimdienstzentrale der Sowjetunion außerhalb ihrer eigentlichen Staatsgrenzen. Chef dieses Sicherheitsapparates war von 1945 bis 1947 Generaloberst Iwan Serow, einer der engsten Vertrauten Stalins.²²

Mit der Bildung der SMAD im Juni 1945 begann Moskau, die Besatzungszone systematisch nach einheitlichen Gesichtspunkten und Befehlen zu organisieren und zu verwalten. Die Militärverwaltung unterlag in der Folgezeit einem fast permanenten Reorganisationsprozess. Durch Verflechtungen und gleichzeitige gegenseitige Abgrenzung der einzelnen Abteilungen, der Verbindungen zwischen Militärregierung und sow-

I. Geheimpolizei und Kommunismus

jetischer Armee, der Tätigkeit der Geheimdienste sowie des Kriegsrats entwickelte sich ein «hochgradiger Improvisationspragmatismus»²³.

Neben der SMAD agierten in der SBZ weitere Sondereinheiten. Dazu zählten etwa Sonderbeauftragte der SMAD für die Repatriierung oder das Finanzwesen, aber auch Mitarbeiter des sowjetischen kommunistischen Jugendverbandes (Komsomol), der Kommunistischen Partei oder des Sicherheitsapparats. Der Geheimdienst war für die Verfolgungen und Verhaftungen sowohl von Sowjetbürgern als auch von Deutschen verantwortlich. Hinzu kam der Apparat des «Bevollmächtigten des Besonderen Komitees für Deutschland beim Staatlichen Verteidigungskomitee», der mit seinen etwa 70 000 Personen umfassenden Reparationsbrigaden die Demontagen durchführte. Außerdem unterhielt die Sowjetunion die neugebildeten Sowjetischen Aktiengesellschaften und die Sowjetischen Handelsgesellschaften, die Technischen Büros der Moskauer Volkskommissariate zur Auswertung technisch-wissenschaftlicher Dokumente und zur Lenkung der Forschungsarbeit in Deutschland sowie vier verschiedene Nachrichtenapparate, die bei der SMAD angesiedelt waren.

Bereits Ende 1946 regte Walter Ulbricht in Moskau an, die SMAD möge den kommunistischen deutschen Kadern die Entscheidungsbefugnis über die Wirtschaft allein überlassen. Er scheiterte mit diesem Begehren. Auch wenn in der SBZ eine klare Teilung der Kompetenzen zwischen der SMAD und den deutschen Instanzen fehlte, so trug die SMAD nicht nur die formale Verantwortung für alle wichtigen Entscheidungen, sondern bereitete deren Umsetzung vor, kontrollierte sie und führte sie letztlich auch durch. Da die Zwangsvereinigung von KPD und SPD strategischen und taktischen Zielen Moskaus folgte, galt die SED in breiten Bevölkerungskreisen als «Russenpartei». «In den folgenden Jahren unterlag die ostdeutsche Partei täglicher Anleitung und Überwachung. Keine ihrer Entscheidungen über Personal-, Struktur- und Richtungsfragen wurde ohne Zustimmung der Besatzungsmacht getroffen; sie gingen sogar meist auf deren Initiative zurück. Die Vertreter der SMAD waren bei allen Sitzungen und Veranstaltungen präsent; ihnen lagen alle Dokumente vor; ausführliche Anregungen, Kommentare und/oder Korrekturen waren die Regel.»²⁴ Diese strikte Unterordnung der SED-Führung unter die sowjetische Partei entsprach dem traditionellen Selbstverständnis der deutschen Kommunisten seit der Gründung der «Kommunistischen Internationale» 1919. Zudem war Ulbricht und den anderen Führern klar, dass sie ihre Machtposition allein den Sowjets verdankten und diese ohne

Ausgangsbedingungen: die sowjetische Besetzungsherrschaft

Moskau nicht würgen halten können. Sie waren aber von den politischen Entscheidungsprozessen nicht gänzlich ausgeschlossen und konnten bei der Umsetzung von Beschlüssen eigene Initiativen entwickeln. Wohl nur ein einziges Mal wagten es die SED-Funktionäre, Stalin zu widersprechen: Am 31. Januar 1947 weilten Pieck, Grotewohl, Ulbricht, Max Fechner und Oelßner in Moskau. Dort fand eine Unterredung mit Stalin statt. Dieser verfolgte zu diesem Zeitpunkt die Zulassung der SED in den Westzonen, um sich die gesamtdeutsche Option offenzuhalten. Im Gegenzug wollte er die SPD in der SBZ wieder zulassen. Eine solche Idee war in den Augen der SED-Führung eine existentielle Bedrohung. Sie konnten sich durchsetzen.²⁵

Zur wertvollsten Reparationsleistung entwickelten sich Ende 1945 Uranlieferungen aus dem Erzgebirge (Wismut). Die Bedeutung des ostdeutschen Urans für die sowjetische Atombombenproduktion ist kaum zu überschätzen. Das Wismut-Projekt stand unter direkter Aufsicht der sowjetischen Parteiführung und deren Sicherheitsorganen. Für den Uranbergbau wurden deutsche Arbeitskräfte eingesetzt – freiwillig und in größerem Umfang zwangsrekrutiert –, deren Tätigkeit im Verborgenen blieb, um die Existenz der Minen vor der Öffentlichkeit zu verheimlichen. Allein die Urangewinnung erforderte eine Präsenz sowjetischer Truppen über die eigentliche Besetzungszeit hinaus. In der Wismut AG arbeiteten Ende 1946 10 000 Beschäftigte, Ende 1953 waren es bereits 133 000, die im voll funktionsfähigen und bestens ausgerüsteten «Staat im Staate» arbeiteten. «Der Geheimdienst war es denn auch, der das militärische Projekt Wismut zunächst unter seine Fuchtel nahm. [...] Zwei Bataillone mit insgesamt 1600 Mann waren mit der Bewachung der Wismut-Verwaltungsgebäude, der wichtigsten Objekte, der Sprengstofflager und der Labors beauftragt. [...] Das gesamte Wismut-Territorium war militärisches Sperrgebiet. Rund um Aue standen Flak-Stellungen zur Abwehr vermeintlicher feindlicher Spionage-Flugzeuge. Alle Zufahrtsstraßen waren durch Schlagbäume abgesperrt, die von sowjetischen Soldaten bewacht wurden. [...] Hohe Holzzäune und Kontrolltürme umgaben die Schächte, um die Absperrungen patrouillierten sowjetische Posten mit Hunden und Gewehren. [...] Nicht nur die Betriebe selbst, die ganze Region war gewissermaßen exterritoriales Gebiet ...»²⁶

Neben der Bodenreform sowie den Reparationen und Demontagen in der Industrie widmete sich die SMAD außerdem besonders intensiv dem Umbau des Bildungs- und Erziehungswesens. Dabei ging es vor allem

I. Geheimpolizei und Kommunismus

darum, die alten Lehrer durch neue zu ersetzen, die ähnlich wie im Justizwesen («Volksrichterlehrgänge») in kurzen Lehrgängen zu Neulehrern ausgebildet wurden. Hinzu kam, dass das Schulwesen zentralisiert wurde und der Unterricht auf der Grundlage von einheitlichen, auf sowjetischen Lehrbüchern basierenden Lehrmaterialien erfolgte. Eine ebenso hohe Bedeutung maß die SMAD der Reform des Hochschulwesens zu. Ihr Ziel war, eine neue Hochschullehrerschaft heranzuziehen und auszubilden, die Studentenschaft sozial einschneidend zu verändern, die Lehrinhalte zu vereinheitlichen, die Forschung den Planungsansprüchen zu unterwerfen und der leninistischen Ideologie Geltung zu verschaffen. «Zu den Hauptzielen der SMAD gehörte», wie einer ihrer ehemaligen Mitarbeiter resümierte, «die ideologische Umerziehung der Deutschen, die Vorbereitung zur Verwirklichung der sozialistischen Umgestaltungen in der SBZ.»²⁷

Nach der Besetzung Ostdeutschlands durch die Rote Armee waren bis zum Frühjahr 1946 in der SBZ sowohl die Staatssicherheit (NKGB), das Innenressort (NKWD) und die Militärabwehr Smersch nebeneinander tätig. Smersch wurde 1946 in die Staatssicherheit eingegliedert, und es erfolgten mehrere Reorganisationen, die mit internen Vorgängen in der Sowjetunion zusammenhingen. 1946 entstand in der SBZ ein unter Leitung der Staatssicherheit (nun: MGB) stehender Geheimdienstapparat. Dieser war eng mit der SMAD verflochten. Der Stellvertreter des Chefs der SMAD, Generaloberst Serow, stand gleichzeitig als stellvertretender sowjetischer Innenminister allen Geheimdienstapparaten in der SBZ vor. Diese umfassten zwischen 8000 und 15 000 Mitarbeiter. Der Hauptsitz befand sich ab Frühjahr 1947 in Karlshorst. Hier waren bis zum Frühjahr 1953 etwa 2200 Geheimdienstmitarbeiter tätig.

Neben alliierten Vereinbarungen und Kontrollratsgesetzen griffen die Besatzungsmächte bei der praktischen Durchführung der Strafmaßnahmen in ihrer Zone auf eigene gesetzliche Bestimmungen zurück. Ein Mittel der sowjetischen Besatzungsmacht war die strenge Anwendung der Militärgerichtsbarkeit, die grundsätzlich für alle deutschen Zivilpersonen galt. Als juristisches Instrument dienten die «Sowjetischen Militärtribunale» (SMT). Die zwischen 1945 und 1955 auf deutschem Boden arbeitenden Tribunale bestanden in der Regel aus einem Militärrichter als Vorsitzendem und zwei Militärschöffen. Insgesamt sind durch die SMT etwa 40 000 Personen verurteilt worden. Hinzu kamen etwa 40 000 Deutsche, über die direkt in der Sowjetunion Urteile verhängt worden sind. Mit Befehl 201 der SMAD vom 16. August 1947 ist die Aburteilung von Perso-

Ausgangsbedingungen: die sowjetische Besatzungsherrschaft

nen, denen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit sowie politisches und berufliches Engagement für das Hitlerregime vorgeworfen wurden, zum Teil deutschen Gerichten übertragen worden. Neben der Bestrafung von Vergehen gegen das Besatzungsregime und «konterrevolutionären Verbrechen» ging die sowjetische Besatzungsmacht weiterhin gegen straffällig gewordene Sowjetbürger in Deutschland gerichtlich vor bzw. verurteilte Personen, die Verbrechen gegen Sowjetbürger oder Verbrechen auf dem Territorium der UdSSR begangen hatten oder haben sollten.

[...]